

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 21.06.2010

N i e d e r s c h r i f t

der 36. Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr
am Dienstag, dem 15.06.2010,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Stadthaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:05 - 21:03 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Frau Dorothe Küster **Ausschussvorsitzende**
Frau Christine Wagener (in Vertretung für Stv. Bernard)
Herr Dr. Johannes Dittrich
Herr Michael Oswald
Frau Ute Wernert-Jahn

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Herr Wolfgang Bellof
Frau Eva Janzen (in Vertretung für Stv. Schlotmann)
Herr Christopher Nübel
Herr Andreas Walldorf

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Gerhard Greilich (in Vertretung für Stv. Dr. Deetjen)
Frau Dr. Bettina Speiser

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Beltz

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Martin Preiß

Außerdem:

Herr Jürgen Becker CDU-Fraktion (ab 19:40 Uhr)
Herr Michael Janitzki Die Linke.Fraktion

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz	Oberbürgermeisterin
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin
Herr Thomas Rausch	Stadtrat

Von der Verwaltung:

Herr Hans Dettling	Leiter des Stadtplanungsamtes	(bis 20:35 Uhr)
Herr Eberhard Benz	Stadtplanungsamt	(bis 20:35 Uhr)
Frau Petra Cremer	Stadtplanungsamt	(bis 20:45 Uhr)
Herr Horst-Friedhelm Skib	Stabsstelle Stadtentwicklung	

Vom Ausländerbeirat:

Herrn Edin Muharemovic	Stellv. Vorsitzender	(ab 19:45 Uhr - 20:10 Uhr)
Herr Ismet Lozic		(von 19:08 Uhr - 20:10 Uhr)

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Büroleiter
Frau Andrea Allamode	Schriefführerin

Entschuldigt:

Frau Karen-Heide Bernard	CDU-Fraktion
Frau Renate Schlotmann	SPD-Fraktion
Herr Dr. Wolfgang Deetjen	Fraktion B'90/Die Grünen

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Stv. Janzen, SPD-Fraktion, beantragt, den Tagesordnungspunkt 4 - *Lokale Agenda 21 Gießen: 1. Nachhaltigkeitsbericht für die Universitätsstadt Gießen, Antrag des Magistrats vom 28.05.2010, STV/3102/2010* - in der Beratung zurück zu stellen, da den Ausschussmitgliedern der Bericht erst heute als Tischvorlage zugegangen sei.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

Nachdem keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgebracht werden, gilt die Tagesordnung in der geänderten Form als beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Bebauungsplanes Nr. GI 04/21 "Technologie- und Gewerbepark Leihgesterner Weg, Teilbereich I, Bahnüberführung Ferniestraße";
hier: Abwägung und Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 20.05.2010 - STV/3089/2010
3. Bebauungsplan GI 01/31 "Johannette-Lein-Gasse";
hier: Aufstellung eines Bebauungsplanes
- Antrag des Magistrats vom 28.05.2010 - STV/3104/2010
4. Lokale Agenda 21 Gießen: 1. Nachhaltigkeitsbericht für die Universitätsstadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 28.05.2010 - STV/3102/2010
5. Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes in Gießen - Restaurierung der historischen Sandsteintreppe und Errichtung eines Fahrradparkhauses
- Antrag des Magistrats vom 31.05.2010 - STV/3105/2010
6. Berichtsantrag zur Partizipation heimischer Betriebe an Konjunkturprogrammen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2010 - STV/3131/2010
7. Geplante Erfassung der Heiz-Verbrauchswerte der Mieter der Wohnbau GmbH
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 07.06.2010 - STV/3134/2010
8. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. **Bürger/-innenfragestunde**
-

Es liegen keine Fragen vor.

2. **Bebauungsplanes Nr. GI 04/21 "Technologie- und Gewerbestraße Leihgesterner Weg, Teilbereich I, Bahnüberführung Fernierstraße";** **STV/3089/2010**
hier: - Abwägung und Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 20.05.2010 -
-

Antrag:

- „1. Die im Rahmen der Beteiligung zur ersten und zweiten Entwurfsöffentlichung nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) vorgebrachten Anregungen wurden gemäß §§ 1 Abs. 5, 6 und 7 sowie 1 a BauGB geprüft. Das in der Anlage 1 dargestellte Prüfungsergebnis wird beschlossen.
2. Der Bebauungsplan (Anlage 2) wird mit seinen zeichnerischen und textlichen Festsetzungen gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht und Erläuterndem Beiplan werden beschlossen (Anlage 4).
3. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.“

Fragen der Stv. Janzen und Janitzki werden von Stadtrat Rausch beantwortet.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

3. **Bebauungsplan GI 01/31 "Johannette-Lein-Gasse";** **STV/3104/2010**
hier: Aufstellung eines Bebauungsplanes
- Antrag des Magistrats vom 28.05.2010 -
-

Antrag:

- „1. Für den in der Anlage 1 dargestellten Plangeltungsbereich mit den Flurstücken der Gemarkung Gießen, Flur 1, Nr. 896/2, 898/2, 901/2, 902/2, 904/1, 906/3, 907/4, 907/5, 908/1, 908/2, 909, 911/1, 916/14, 916/15, 927/2, 927/3, 927/4, 927/5, 1522/6 und 1585 (Stand Mai 2010) wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung eines Bebauungsplanes eingeleitet.
2. Das Bebauungsplanverfahren wird gemäß §13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Umweltprüfung nach §2Abs. 4 BauGB durchgeführt.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. §13a Abs.3 Satz 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Der Magistrat wird ermächtigt, die Offenlegung und die Behördenbeteiligung ohne einen gesonderten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung durchzuführen.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

4. Lokale Agenda 21 Gießen: 1. Nachhaltigkeitsbericht für die Universitätsstadt Gießen **STV/3102/2010**
- Antrag des Magistrats vom 28.05.2010 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den ersten Nachhaltigkeitsbericht der Lokalen Agenda 21 für die Universitätsstadt Gießen zur Kenntnis und berät seine Ergebnisse.“

Beratungsergebnis: Zurückgestellt.

5. Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes in Gießen - Restaurierung der historischen Sandsteintreppe und Errichtung eines Fahrradparkhauses **STV/3105/2010**
- Antrag des Magistrats vom 31.05.2010 -

Antrag:

- „1. Die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes erfolgt unter der Maßgabe, die historische Sandsteintreppe zu restaurieren und in ein modernes und funktionales Gebäude mit Kopfbau und Rampe zu integrieren.
2. Das Fahrradparkhaus ist an der vorgeschlagenen Stelle weiterzuentwickeln.
3. Die Verwaltung beauftragt das Architekturbüro Rohrbach & Schmees mit der Ausarbeitung der notwendigen Entwurfsplanungen nach HOAI.“

Stadtrat Rausch erläutert kurz die vorliegende Magistratsvorlage. Unter anderem bedankt er sich bei der Gießener Presse für die über die Osterferien erfolgte Vorstellung der ursprünglich vier Planvarianten. Er merkt an, dass die Verwaltung aufgrund dieser Vorstellung aus der Bevölkerung ein breites Echo durch Zuschriften und Anrufe erfahren habe. Weiter verkündet er, dass die Variante 3a der Bahnhofstreppe, die unter anderem die beiden Aufzüge linksseits der Treppe vorsehe, aufgrund eines neu berechneten geringeren Arbeitsaufwands 170.000 Euro weniger kosten werde, etwa 1,7 statt vorher 1,9 Millionen Euro. Zudem mahnt er eine gewisse Eile in der Entscheidungsfindung an, da ein förderfähiger Antrag im September gestellt werden müsse und nur ausgearbeitete Pläne zugelassen seien. Er kündigt ein Beteiligungsverfahren mit allen betroffenen Verbänden und Betreibern an. Dazu gehören sowohl Fahrgast- als auch Behindertenvertretungen.

Frau Cremer - Stadtplanungsamt - stellt die vorliegenden Varianten zur Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes anhand einer Power-Point Präsentation vor. (Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.)

Sich daran anschließende Fragen der Stadtverordneten werden von Frau Cremer, Stadtrat Rausch, Bürgermeisterin Weigel-Greilich und Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz beantwortet.

Stv. Wernert-Jahn, CDU-Fraktion, äußert sich kritisch zu den von Frau Cremer vorgetragene Argumenten, die gegen die Variante 1 und für die Variante 3 sprechen.

Entgegen der Darstellung von Frau Cremer, dass der lange Kopfbau der Variante 1 für eine „Hinterhofsituation“ zwischen dem Kopfbau und dem Hotel Adler sorgen werde, die sich zur Pinkelecke und zum Drogenumschlagplatz entwickeln könnte, ist Stv. Wernert-Jahn der Ansicht, dass durch die Imbissbuden diese Situation schon immer bestanden habe und bei Umsetzung der Variante 1 gar keine neue Lage eintreten werde. Zudem glaubt sie, dass das Argument, wonach bei der historischsten aller Varianten die Aufzüge ungünstig im hinteren Bereich platziert seien, durch die 3-D-Computeransicht verstärkt werde. Bei dieser Ansicht seien die Aufzüge teilweise durch einen großen Baum verdeckt, der auf dem vom Magistrat favorisierten Entwurf nicht zu sehen sei.

Stadtrat Rausch erklärt, dass der Baum bei Realisierung der Variante 3 gefällt werden müsste, da dort die Rampenanlage entstehen würde.

Stv. Dr. Preiß, FDP-Fraktion, äußert sich ebenfalls kritisch zur vorliegenden Variante 3a. Eine Sicherstellung der Sichtbeziehung zwischen dem Bahnhofshaupteingang und der Treppe müsse gegeben sein. Er moniert, dass beim Entwurf „3a“ der Hügel, in den die rote Sandsteintreppe integriert werden solle, aus grauem Stein aufgebaut werde.

Stadtrat Rausch erläutert, dass mit dieser Veränderung der ursprünglichen Variante 3 Vorgaben der Landesdenkmalpflege entsprochen worden sei. Diese habe nicht nur darauf gedrängt, den Hügel stärker zu begrünen, sondern auch im Umfeld der Treppe auf roten Stein zu verzichten, um den historischen Sandsteinaufgang stärker zu betonen.

Stv. Dr. Preiß fügt hinzu, er möchte eine Ansicht der Variante 3 „nicht in Grau, sondern in Schön“.

Stv. Wagener, CDU-Fraktion, stellt für die Koalition **folgenden Ergänzungsantrag**:

„Der Magistrat wird gebeten, den Planer zu beauftragen, die Variante 3a zu überarbeiten und den Kopfbau in der Stilrichtung zu gestalten, die die Variante 1 charakterisiert. Die Ergebnisse sollen am 01. Juli 2010 vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in einer Bauausschusssitzung vorgestellt werden.“

In dieser öffentlichen Sitzung soll die interessierte Bürgerschaft Gießens die Gelegenheit zum Informationsaustausch bekommen und die Möglichkeit haben, Fragen zu stellen.“

Sodann lässt **Vorsitzende** über den vorliegenden Ergänzungsantrag abstimmen:
Dem Ergänzungsantrag wird einstimmig zugestimmt.

Stadtrat Rausch erklärt, dass er den beschlossenen Ergänzungsantrag übernimmt.

Beratungsergebnis:

Eine Abstimmung über die ergänzte Magistratsvorlage erfolgt nicht.

6. Berichtsantrag zur Partizipation heimischer Betriebe an Konjunkturprogrammen **STV/3131/2010**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2010 -

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird aufgefordert, unter Angabe der Auftragsvolumina, zu berichten wie viele der im Rahmen der Konjunkturprogramme durch die Stadt Gießen vergebenen Bauleistungen regionalen Betrieben zu Gute kamen.

Welche Ausschreibungsverfahren wurden von der Stadt Gießen angewandt?

Wie viel Prozent der Vergaben im Rahmen der Konjunkturprogramme wurde ein Interessenbekundungsverfahren vorgeschaltet?

In wie viel Prozent wurde das Instrument der freihändigen Vergabe angewandt?

In wie viel Prozent der Fälle wurden Bauleistungen in kleine Lose aufgeteilt, um kleineren regionalen Betrieben die Partizipation zu ermöglichen?

Hatte die Stadt Gießen Zugriff auf die Abfrage der IHK Gießen-Friedberg und der Kreishandwerkerschaft bei den regionalen Betrieben zum Konjunkturprogramm?“

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

7. Geplante Erfassung der Heiz-Verbrauchswerte der Mieter der Wohnbau GmbH **STV/3134/2010**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 07.06.2010 -

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass die Stadtwerke keine Daten über Verbrauchswerte der Mieter an die Wohnbau weitergeben.“

Stv. Beltz, Die Linke.Fraktion, begründet den vorliegenden Antrag.

Stv. Wagener, CDU-Fraktion, spricht gegen den Antrag. Das Vorgehen der Wohnbau sei legitim, es solle lediglich festgestellt werden, ob sich die Sanierung eines alten Hauses „noch lohne“.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz wertet das Wohnbau-Vorhaben als ein Mittel, „die zweite Miete zu senken“, also den Mietern Nebenkosten einzusparen. Dennoch werde sie sich bei der Wohnbau über das Vorhaben erkundigen und entsprechend in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung berichten.

An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Beltz, Oswald, Wagener, Janitzki, Dr. Speiser, Dr. Preiß, Nübel, Bürgermeisterin Weigel-Greilich und Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD; Ja: LINKE; StE: CDU/GR/FDP).

8. **Verschiedenes**

Stadtrat Rausch weist darauf hin, dass im hinteren Bereich des Sitzungssaales Skizzenpläne der zwei vor dem Rathaus vorgesehenen Buswartehallen ausgehängt sind.

Vorsitzende teilt mit, dass die nächste reguläre Sitzung des Bauausschusses am **24.08.2010, 19:00 Uhr**, stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) K ü s t e r

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e